

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

12. Oktober 2015
1 von 1

Schulpflicht von Flüchtlingskindern

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1830 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur konkreten Umsetzung der gesetzlich geregelten Schulpflicht für die wachsende Zahl von Flüchtlingskindern wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Zur Offenlegung aller damit verbundenen Probleme soll durch Stadträtin Anne Janz umgehend ein Runder Tisch einberufen werden. Dazu sollen Vertreter von Stadt, Land, Schulen, Kitas, Gesundheitsbehörden und sonstiger betroffener Gremien eingeladen werden. Der Runde Tisch hat den Zweck, einen breiten Konsens darüber herbeizuführen, wie den Schulen und Kitas in Kassel schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. In erster Linie geht es

- um eine genaue Bedarfsplanung für Räume und sachliche Ausstattung
- um die Erhöhung der Stundenkontingente für Förderunterricht
- um die Einrichtung von weiteren Intensivklassen für Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Im Sinne der Kasseler Willkommenskultur sollen die Bildungsprozesse für die in Kassel ankommenden Kinder und Jugendlichen bestmöglich von den staatlichen und kommunalen Akteuren unterstützt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Schulpflicht von Flüchtlingskindern, 101.17.1830, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin